

V0590/23

Neustrukturierung des Referent:innenpostens für Kultur und Bildung
-Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 27.06.2023-

Antrag:

wir bitten um Zustimmung zu folgendem Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen, die Leitung des Referates IV Kultur und Bildung in zwei Stellen, die eines Kulturreferenten/ einer Kulturreferentin und die eines Bildungsreferenten/ einer Bildungsreferentin, zu teilen und die den Referent:innen unterstellten Ämter, falls nötig, entsprechend umzustrukturieren.

Begründung: Im nächsten Jahr endet die langjährige Amtszeit von Herrn Gabriel Engert als Berufsmäßiger Stadtrat und Referent für Kultur und Bildung, aktuell wird nach Nachfolgekandidat:innen für ihn gesucht. In diesem Zuge müssen wir uns als Kommune die Frage stellen, inwieweit es sinnvoll ist, hier den selben Aufgabenbereich, der in den letzten Legislaturen um und gemeinsam mit Herrn Engert gewachsen ist, mit nur einer Personalie nachzubesetzen. Der Referatsleitung obliegt die Leitung des Referats für Kultur und Bildung mit acht Ämtern und rund 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihr Verantwortungsbereich umfasst neben der Referatsverwaltung die Ämter Schulverwaltungsamt, Kulturamt, Stadtbücherei, Volkshochschule, Simon-Mayr-Sing- und Musikschule, Stadttheater, Städtische Museen sowie das Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung. Eine Aufteilung dieser Verantwortungsbereiche unter zwei Referent:innen, einem:einer für den Aufgabenbereich Bildung und einem:einer für den Aufgabenbereich Kultur, würde sich anbieten, Städte wie München, Nürnberg und Würzburg arbeiten bereits mit diesem Modell.

An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass ein Neudenken der Referent:innenposten potentiell qualifiziertere Bewerber:innen mit sich bringen könnte. Aktuell ist der Aufgabenbereich des:der Referent:in, als Impulsgeber:in für Kultur in Ingolstadt (inklusive Theater, Festivals, der diversen Kunst- und Literaturszene unserer Stadt, der Museumslandschaft usw.) und Zuständige:r für 35 Schulen und Schulanlagen, 42 Kindertagesstätten und 80 Einrichtungen freier Träger sehr weit gefächert, eine:n Referent:in mit geeigneten Profil und Verständnis sowohl für die Bedürfnisse der hiesigen Kulturszene, als auch für das diffizile Thema Bildungspolitik zu finden, könnte sich schwierig gestalten. Dementsprechend würde es sich anbieten, nicht mit einer Stelle nachzubesetzen, sondern mit zwei, um auch weiterhin gute Bildungs- und Kulturpolitik in unserer Stadt möglich zu machen

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	11.07.2023	Vorberatung
Stadtrat	25.07.2023	Entscheidung

Stadtrat vom 25.07.2023

Der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0590/23 und der Antrag der Verwaltung V0636/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Meier sei die Problematik der Schnittstellen durchaus bewusst. Auch sei ihm bekannt, dass der Ausschreibungsprozess ziemlich fortgeschritten sei. Aber nach dreißig Jahren sei sowohl das Referat als auch die Stadt gewachsen. Insofern sollte dem Ganzen mehr Bedeutung eingeräumt werden. Zwei Schnittstellen bedeute auch doppelt so viele Kapazitäten und spezialisierte Qualifikationen. Die Kosten betrachte Stadtrat Meier als eine Investition für die Kinder und die Bildung, vor allem auch in der Bewusstseinsbildung. Diese sehe er auch als Maßnahme gegen Vandalismus. Seines Erachtens werden dies die Kulturschaffenden auch befürworten. Weiter verweist er auf andere Städte wie München, Nürnberg und Würzburg, die dies so praktizieren. Falls es mit der Teilung des Referates aufgrund des bereits fortgeschrittenen Ausschreibungsprozesses nicht klappen sollte, bittet er um Beachtung bei der nächsten Ausschreibung, oder wenn keinen geeigneten Bewerbungen eingehen. Der Apell von Stadtrat Meier sei, den Antrag abzulehnen und für die Teilung des Referates zu stimmen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf informiert, dass die überwiegende Auffassung des Ältestenrates sei, dies beim bisherigen Zuschnitt zu belassen. Die Gründe seien in der Beschlussvorlage aufgeführt. Ein Vergleich mit anderen Städten sei schwierig. Die Referate der Stadt Würzburg seien anders zugeschnitten und ein Vergleich mit München sei nicht möglich. Oberbürgermeister Dr. Scharpf plädiert, dies wie gehabt zu belassen, da bei Trennung die Einzelreferate zu klein seien und diese kein eigenes Referat rechtfertigen.

Herr Engert spricht sich für den Zusammenhalt des Referates aus. Zur Situation in Würzburg merkt er an, dass seit der letzten Kommunalwahl die Bürgermeisterin für den Bildungsbereich zuständig sei. Aufgrund dessen sei nun der Kulturreferent nur noch für Kultur zuständig. Dieser stelle sich aber nicht mehr zur Wahl und insofern gebe es derzeit in Würzburg Diskussionen, ob eine Nachbesetzung erfolge. Die Würzburger Erfahrung spreche eher für den Zusammenhalt des Referates.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0636/23:

Gegen 2 Stimmen (Stadtrat Meier, Stadtrat Garita):
Entsprechend dem Antrag genehmigt.